weitergeben - weitersagen!

Leipzig braucht eine andere Politik, eine Politik für die Bevölkerung - Frauen und Männer - für ArbeitnehmerInnen

Aufruf zur "Leipziger Plattform für soziale Politik"

In Leipzig haben am 9.Oktober 1989 Hunderttausende ihre Angst überwunden, sind auf die Straße gegangen, um endlich die SED-Diktatur zu brechen. Die SED-Bürokraten herrschten mit ihrem Büttel, der Staatssicherheit, über unser Leben. Unsere Wohnungen verfielen und in die Betriebe wurde kaum investiert. Die SED-Diktatur hielt ein ganzes Volk im Gefängnis. Freiheit ist aber die Grundvoraussetzung für einen Weg in eine soziale und demokratische Gesellschaft.

Deshalb gingen wir auf die Straße. Wir wollten einen Neuanfang, Demokratie, Aufbau und Reorganisierung der Betriebe. Wir wollten nicht mehr, daß einige Wenige entschieden und sich bereicherten auf Kosten der Mehrheit. Im vereinten Deutschland sollte Demokratie und soziale Gerechtigkeit auf der Grundlage gleicher Lebensverhältnisse, kommunaler Demokratie und sozialer Errungenschaften durchgesetzt werden.

Wie sieht es heute in Leipzig aus?

In der Leipziger Metallindustrie arbeiteten vor wenigen Jahren noch 70.000 ArbeiterInnen. Heute sind es nur noch 7000. Das bedeutet: 90 % der Metallarbeitsplätze wurden vernichtet. Doch keine Stadt kann ohne Industrie leben? Betroffen von der Arbeitslosigkeit sind besonders Frauen. Fast 2/3 aller Arbeitslosen sind Frauen. Fast jede zweite Leipziger Familie lebt von den Mitteln des Arbeitsamtes.

1990 hatte die Stadt Leipzig 28 000 Beschäftigte im öffentlichen Dienst. Heute sind es nur noch 12 000. 57 % haben ihren Arbeitsplatz verloren, so z.B. die Erzieherinnen.

Die Wohnungen werden statt besser teurer. Seit dem sog."LWB-Skandal" wird in den alten Bauten überhaupt nicht mehr saniert. Das wohnungspolitische Konzept Leipzigs sieht in unserer 500 000 EinwohnerInnen großen Stadt nur noch für 50.000 Wohnungen kommunale Belegungsrechte bei der LWB vor. Der Rest wird privatisiert. Die Mitglieder der Wohnungsgenossenschaften sollen ihre eigenen Wohnungen kaufen. Durch das Altenschuldengesetz und die Gemeindesordnung diktieren Bundes- und Landesregierung ihre Politik der Privatisierung. Und in Leipzig wird dies einfach umgesetzt.

Doch die Politik der Regierungen Kohl und in Sachsen Biedenkopf hat katastrophale Folgen für die Bevölkerung. Und diese Politik wird über die Europäische Union gegen alle ArbeitnehmerInnen, gegen alle Völker Europas betrieben:

- in Ost und in West, in ganz Europa, werden Betriebe stillgelegt, wird Produktion zerstört, verlieren KollegInnen ihre Arbeit, so sinkt die Kaufkraft der Bevölkerung, große Teile verarmen, die Einnahmen der Städte und Gemeinden fallen drastisch nach unten, die Verschuldung nimmt zu;

- die Unternehmen wollen die Arbeit immer billiger, maschinengerechter und ohne Schutz, deshalb sollen Löhne nach unten "angeglichen" werden, werden Versicherungs- und Kündigungsschutz-rechte abgebaut, Flexibilisierung und Deregulierung heißen die großen Schlagwörter für diese Politik;

- durch die Politik der Privatisierung, der Schließung von sozialen, kulturellen und anderen öffentlichen Einrichtungen wird die Infrastruktur unserer Städte und Gemeinden zerstört, ein Postamt und eine Schule gibt es plötzlich nicht mehr im Ort, der Nahverkehr wird eingeschränkt, die Kommunen verwalten nur noch die Armut;

- stattdessen bereichern sich einige Wenige über Spekulation oder Geld- und Immobilien-Geschenke durch sogenannte Wirtschaftsförderung und die Treuhand; die Banken machen Supergewinne durch Zinsen, die die Städte für ihre Verschuldung zahlen müssen, noch nie war so viel Geld da wie heute!

Im Namen der Verwirklichung der Einheit des deutschen Volkes hat CDU-Chef Helmut Kohl als Bundeskanzler die Regierung übernommen. Er versprach Ostdeutschland in eine blühende Landschaft zu verwandeln. Heute müssen wir feststellen: er hat gelogen und uns betrogen. Seine Politik bedroht unsere Lebensgrundlagen.

In Leipzig regiert mit Oberbürgermeister Lehmann-Grube die SPD. Im Land und auch Bund ist die SPD Opposition zur CDU. Sie beruft sich auf die ArbeitnehmerInnen. Die SPD kritisiert immer wieder die arbeitnehmerfeindlichen Entscheidungen von Kohl und Biedenkopf. Aber gleichzeitig erklärt sie, daß sie nicht anders handeln könne: die Kassen seien leer, die Gesetze seien gegen sie. Sie müsse entlassen, schließen, privatisieren. So setzt sie die Politik der Regierung Kohl und Biedenkopf in Leipzig mit um.

Entscheidungen in der Stadt:

* Massenentlassungen von städtischem Personal wie die Kündigungen von 600 ErzieherInnen werden ohne Beschluß des Stadtparlamentes, also unrechtmäßig bestimmt.
* Obwohl Berechnungen besagen, daß private Firmen der Kommune teurer kommen, privatisiert die Stadt.
* OBM Lehmann-Grube veröffentlichte sogar Pläne, die gesamte Stadt in einen Konzern umzuwandeln, das wäre das Ende der kommunalen Demokratie.
* Statt der Schaffung neuer Arbeitsplätze, organisiert die Stadt Zwangsarbeit für Sozialhilfeberechtigte.

Das sind nur einige Beispiele - wir fragen, wer entscheidet in Leipzig eigentlich: Die Regierung Kohl im Interesse der Spekulanten und Unternehmer oder die SPD im Rathaus im Interesse der Bevölkerung, der ArbeitnehmerInnen. Von der Bevölkerung hat die SPD das Mandat -
wir wollen arbeiten, wohnen, leben in Leipzig!

Andere Entscheidungen müssen gefällt werden, sonst treiben wir weiter nach unten, Entscheidungen im Interesse der ArbeitnehmerInnen - Frauen wie Männer - der Mehrheit der Bevölkerung.

Die Bevölkerung hat das Recht auf tariflich geschütze Arbeitsplätze mit anständigem Lohn, der gleich ist für alle ArbeitnehmerInnen im vereinten Deutschland, deshalb brauchen wir die politische Entscheidung dafür, daß:
- kein einziger Arbeitsplatz mehr verloren geht,
- aus den ABS-Beschäftigungsgesellschaften neue Produktionsstätten werden,
-tarif- und versicherungsrechtlich geschützte Arbeitsplätze für Frauen und Männer geschaffen werden.

Wir wollen wissen, wo das Geld geblieben ist, und verlangen die Veröffentlichung:
- wer, wieviel, wofür öffentliche Gelder erhalten hat;
- wieviel Wirtschaftsförderung welche Unternehmen erhalten haben und was sie damit taten.

Damit neue Arbeitsplätze und öffentliche Leistungen finanziert werden können, brauchen wir die Entscheidung dafür, daß:
- die Spekulationsgelder für den Wiederaufbau der Wirtschaft und für Arbeitsplätze verwendet werden;
- steuerhinterzogenes Geld beschlagnahmt wird - die Finanzämter erhalten sofort mehr Personal.

Die öffentlichen Dienstleistungen und Gelder sind für die BürgerInnen dieser Stadt da und dürfen nicht den Gewinninteressen einiger Weniger ausgeliefert werden, deshalb brauchen wir die Entscheidung dafür, daß:
- niemand aus Sozialeinrichtungen, Kindereinrichtungen, Krankenhäusern entlassen wird,
- alle kommunalen Einrichtungen- Jugendclubs, Behindertenstätten, Rentnertreffs, Einrichtungen von und für Frauen, Bibliotheken, KiTas, Schulen, Postämter, Stadtteiltreffs u.a.- erhalten bleiben,
- keine Privatisierung öffentlicher Dienstleistungen (formelle oder echte) stattfindet,
- "Leipzig als Konzern" nicht Wirklichkeit wird.

Alle Menschen brauchen Wohnraum und haben das Recht darauf, deshalb brauchen wir die Entscheidung dafür, daß:
-Wohnungen nicht privatisiert, sondern sofort ein Sanierungs-und Wohnungsbauprogramm für sozialen Wohnungsbau aufgelegt wird und Belegungsrechte erhalten bleiben,
-mit Grund und Boden, sowie mit Immobilien nicht spekuliert wird,
-die ständigen Mieterhöhungen gestoppt werden und die Mietpreisbindung erhalten bleibt.

Diese Forderungen wurden immer wieder von Bürgerinnen und Bürgern dieser Stadt formuliert. Es gab Streiks und Demonstrationen, Unterschriftensammlungen und Aktionen. Es gründeten sich Initiativen und Aktionskreise, um in einzelnen Fragen gemeinsam zu kämpfen. Aber die Forderungen der Bevölkerung hatten keine politische Vertretung im Rat. MandatsträgerInnen, die dafür eintraten, wurden isoliert und übergangen.

Gemeinsam wollen wir für die Erfüllung der Forderungen der "Leipziger Plattform für soziale Politik" eintreten. Das soll auch unser Prüfstein für die Kandidatinnen und Kandidaten zur Kommunalwahl 1994 werden!

Schließt Euch der "Leipziger Plattform für soziale Politik"an!
Nehmt Kontakt auf über:
Cornelia Matzke
PSF 541, 04005 Leipzig

weitergeben - weitersagen!

[illegible] am [illegible], 29. III. [illegible]
Held

Plattform Europa der ArbeitnehmerInnen und Demokratie

Diese 51 KandidatInnen verpflichten sich auf die Forderungen der Europäischen Plattform anläßlich der Europawahlen am 12. 6. 1994

- Cornelia Matzke, Ärztin (NF/UFV/ MdL), Leipzig
- Karl Lohmann, Maschinenschlosser (ehem. BR GHH), Oberhausen
- Eva Gürster, Psychologin (ÖTV-PR-Vorsitzende), Köln
- Sieglinde Winter, Chemikerin (ÖTV/KV), Halle
- Werner Uhde, Journalist (IG Medien / VAA/ISA), Berlin
- Matthias Fritz, Werkzeugfräser (VM-IGM), Stuttgart
- Kuntscho Kuntscheff, Ingenieur (ehem. SPD-UB-Vorst.), Pirna
- Angelika Yaltirakli, Angestellte (ÖTV-FG-Vors. Sparkasse), Berlin
- Günther Schädlich, Sachverständiger (Internationaler Albert-Schweitzer-Kreis), Dresden
- Christel Braun, Krankenschwester (ÖTV-PR/-Stadtverordnete), Sangerhausen
- Anita Strotmann-Osterkamp, Studentin (Volksbegehren Berlin)
- Sylli Grumm, Umschülerin, Chemnitz
- Andreas Koch, Postarbeiter (VM DPG), Frankfurt
- Rita Schumacher, Altenpflegerin (VF ÖTV), Düsseldorf
- Christel Kucklick, Lehrerin (VAA), Duisburg
- Benno Hammerschmidt, Lehrer (GEW), Bochum
- Volker Thierfeld, Krankenpfleger (ÖTV-VM,VAA), Duisburg
- Uwe Trieschmann, Arzt (ÖTV - VM), Köln
- Ramadan Ismail, Dreher (BR - IGM), Düsseldorf
- Peter Neunzig, Elektromechaniker (ÖTV-VM), Köln
- Juliane Kyritz, Bibliotheksassistentin (ÖTV-BV), Halle
- Ellen Engstfeld, Erzieherin (ÖTV-PR, VL-Leitung), Köln
- Dr. Josef Marquardt, Arzt, Oberhausen
- Gaby Hahn, Erzieherin (ÖTV-KV/VL-Leitung), Chemnitz
- Heinrich Becker, Lehrer (GEW/VAA), Frankfurt
- Ludmilla Ackermann, Angestellte (Demokratischer Impuls), Frankfurt
- Kerstin Bunz, Krankenschwester (PR-ÖTV/VL-Leitung), Köln
- Günter Schwefing, Sozialpädagoge (ÖTV), Düsseldorf
- Dr. Hans-Jürgen Wenzel, Zahnarzt, Duisburg
- Danuta Riemer, Krankenschwester (ÖTV), Düsseldorf
- Michael Futterer, Lehrer (GEW), Heidelberg
- Johannes Burr, Student, Berlin
- Monika Römer, Industriekauffrau (HBV), Köln
- Henning Frey, Ingenieur (ÖTV/VAA/Freie Tribüne), Köln
- Renate Ermel, Studentin, Frankfurt
- Günter Däuber, Betriebsschlosser (IGM, VAA), Duisburg
- Siegfried Weber (ÖTV), Halle
- Siegfried Buchhaupt, Historiker (GEW), Frankfurt
- Doris Schmeink, Umschülerin, Duisburg
- Karsten Schuster, Umschüler, Düsseldorf
- Cordula Teubel, Ergotherapeutin (VF-ÖTV), Köln
- Dorthe Ternes, Krankenschwester (VF ÖTV), Duisburg
- Gereon Falck, Krankenpfleger (ÖTV), Duisburg
- Detlef Bahr, Student (Volksbegehren Berlin)
- Renate Hill, Krankenschwester (ÖTV), Duisburg
- Ingrid Schmeink, Hausfrau, Duisburg
- Sonja Schmitt, Industriekauffrau (HBV), Stuttgart
- Bernd Bahr, Soziologe, Leipzig
- Matthias Schöller, Biologe, Berlin
- Irmgard Amft, Krankenschwester (ÖTV-VF), Köln
- Thomas Raschczyk, Mechaniker (DFG/VK), Oberhausen

(Die Angaben in Klammern dienen nur zur Information.)

Bestellschein

O Ich schließe mich der Europäischen Plattform an.

O Ich unterstütze die Zulassung der europäischen ArbeitnehmerInnenliste und bitte um Zusendung eines entsprechenden Formblattes!

O Ich möchte an einem Unterstützungskreis teilnehmen und bitte um Einladung!

O Ich bitte um Zusendung von Material und der Zeitung die „Stimme"!

O Ich spende für die Finanzierung der Aktivitäten..........DM (Überweisung auf das angegebene Konto).

Name..Adresse..Unterschrift......................

Zusenden an: Detlef Bahr, Spenerstr. 7, 10557 Berlin; Überweisungen: Cornelia Matzke, Kto.-Nr. 440074884 (BLZ 850 551 42), Stichwort „Europa"

Aufruf zur Unterstützung der europäischen Plattform
für das Europa der ArbeitnehmerInnen und der Demokratie

Kolleginnen und Kollegen,
Bürgerinnen und Bürger!

Im Namen von 51 Kandidatinnen und Kandidaten, Kolleginnen und Kollegen, Bürgerinnen und Bürgern aus allen Teilen Deutschlands und im Auftrag von ArbeitnehmervertreterInnen und GewerkschafterInnen aus 15 Ländern ganz Europas wenden wir uns an Sie.

Wir haben uns entschieden:

anläßlich der Europawahlen kandidieren wir als ArbeitnehmerInnen und als Betroffene der Politik, die uns in ganz Europa, von Polen bis Portugal und von Schweden bis Serbien, vor die Frage stellt:

„Wie soll es weitergehen"?

Wie soll die Familie einer Kollegin aus Halle in Folge der Maßnahmen des Sozialabbaus der Regierung Kohl zum 1. Januar 1994 mit 500 DM weniger im Monat den Lebensunterhalt ihrer Familie bestreiten?

Welche Zukunft hat die Familie des Bergbaukollegen aus dem Ruhrgebiet, die mit 9% Lohneinbuße und der Unsicherheit über den Arbeitsplatz leben soll?

Alle ArbeitnehmerInnen in Ost und West sagen:

Damit muß Schluß sein,
NEIN zur Politik der Regierung Kohl!

Sie ist verantwortlich für die Krise, für die Millionenarbeitslosigkeit, für die Zerstörung der Produktion, die Lebensgrundlage der Menschen. Diese Politik und Regierung macht vor nichts halt: nicht vor dem tariflich geschützten und gleichen Lohn, nicht vor der Arbeitszeit, nicht vor den hart erkämpften sozialen Errungenschaften.

In ganz Europa erheben sich die ArbeiterInnen, die Bäuerinnen und Bauern, die Jugend und Völker gegen die gleichen Angriffe und die gleiche Politik:

Die Stahlarbeiter in Spanien, Polen und Deutschland führen einen Kampf zur Verteidigung ihrer Arbeitsplätze und Löhne.

Der Generalstreik in Belgien hat den Sozialpakt durchbrochen, den die Regierung den ArbeitnehmerInnen und ihren Gewerkschaften aufzwingen wollte.

Und hat die ungarische Kollegin nicht recht, wenn sie sagt:

„Wir Frauen, die das Leben gebären,
sind ganz besonders gegen den Krieg."

Gegen die Politik der Regierungen, die uns spaltet und gegeneinander richtet, sagen wir mit allen ArbeitnehmerInnen, denn sie sind es, die diese Forderungen in ihren Kämpfen aufgestellt haben:

„Jedem und jeder einen Arbeitsplatz, kein Arbeitsplatz darf mehr vernichtet werden!

Verwendung der Spekulationsgelder für den Wiederaufbau der Wirtschaft!

Keine Kaufkraftsenkung! Verteidigung des Lohns! Gleicher Lohn in Ost und West!

Erhalt des Sozialsystems – Aufhebung aller Maßnahmen und Pläne des Sozialabbaus!

Keine Privatisierung öffentlicher Dienstleistungen!
Aufhebung aller entsprechenden Maßnahmen und Pläne!

Verteidigung des öffentlichen Dienstes, Gesundheits- und Bildungswesens! Keine Privatisierung von Wohnraum, für alle eine bezahlbare Wohnung!

Nie wieder Krieg – sofortiger Rückzug deutscher Soldaten von fremdem Boden! – Keine Änderung des Grundgesetzes!"

Wir müssen aber feststellen, daß diese Forderungen keine politische Vertretung finden.

Deshalb haben ArbeitnehmerInnen aus 15 Ländern Europas diese Forderungen zur Grundlage der gemeinsamen Plattform ihres Kampfes für ein Europa der ArbeitnehmerInnen und Demokratie gemacht. Anläßlich der Europawahlen treten sie dafür gemeinsam als ArbeitnehmerInnenlisten in Frankreich, Spanien, Griechenland, Portugal, Belgien und in Deutschland an.

Wir haben uns mit einem offenen Brief an die SPD gewandt:

„Gibt es irgendein Hindernis, daß die SPD diese Forderungen zum Inhalt ihrer Wahlplattform macht? Liegt hier nicht die Möglichkeit der Vereinigung der gesamten Bevölkerung für eine andere Politik und für eine Regierung, die die Interessen der ArbeitnehmerInnen zur Grundlage ihres Handelns macht?"

Wir treten ein für ein Europa der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, ein Europa der freien Union der Völker – gegen das „Europa von Maastricht", das Europa der Arbeitsplatzvernichtung, der Privatisierung, der Deregulierung, der Spekulation und des Krieges.

• Schließen Sie sich der gemeinsamen europäischen Plattform an!
• Unterstützen Sie durch Ihre Unterschrift die Zulassung der europäischen ArbeitnehmerInnenliste in Deutschland!
• Um für diese Forderungen in Europa als vereinte Kraft handeln zu können, haben sich Unterstützungskreise gebildet.
Beteiligen Sie sich!
• Spenden Sie für die Finanzierung der Aktivitäten!

Cornelia Matzke — *Karl Lohmann*

die beiden SpitzenkandidatInnen auf der Liste „Plattform Europa der ArbeitnehmerInnen und Demokratie"

V.i.S.d.P. und Zuschriften an: Detlef Bahr, Spenerstr. 7, 10557 Berlin